

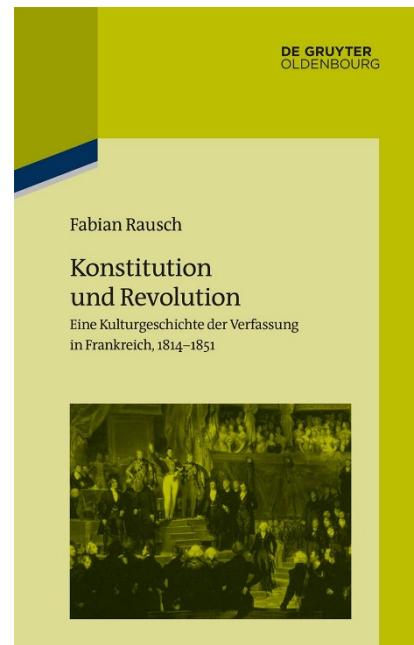


## Online-Rezensionen des Jahrbuchs zur Liberalismus-Forschung 1/2020

### Fabian Rausch: Konstitution und Revolution. Eine Kulturgeschichte der Verfassung in Frankreich, 1814-1851.

Berlin/Boston: De Gruyter Oldenbourg, 2019 (= Pariser Historische Studien, Band 111), ISBN: 978-3-11-060583-9

Deutschsprachige Studien zur französischen Geschichte haben eine lange Tradition. In den letzten Jahrzehnten ist die deutsche historische Frankreich-Forschung vor allem in der Reihe des Deutschen Historischen Instituts Paris erschienen, in der nunmehr die 2016 entstandene Freiburger Dissertation von Fabian Rausch vorliegt. Auch die französische Verfassungsgeschichte des Vormärz wurde wiederholt von deutschen Historikern bearbeitet, so von Martin Kirsch, Armin Owzar, Rolf Reichardt, Volker Sellin oder Jörn Leonhard, letzterer der Doktorvater von Rausch. Aber weder die deutsche noch die einschlägige französische Verfassungsgeschichtsschreibung von Pierre Rosanvallon bis Sébastien Le Gal ist für das frühe 19. Jahrhundert bisher so konsequent wie Rausch im Sinne einer Verfassungskulturgeschichte verfahren. Eine „Mentalitätsgeschichte der Verfassung“ in Frankreich, die ähnliche Aspekte wie diese Studie in den Blick nimmt, hatte Ende der 1980er Jahre Wolfgang Schmale für das vorrevolutionäre, mithin auch präkonstitutionelle Frankreich des 18. Jahrhunderts geschrieben.



Das Augenmerk von Fabian Rausch liegt auf einer Untersuchung der „Stellung und Integrationswirkung der Verfassung in der politischen Kultur Frankreichs“ (S. 12) während dreier politischer Regime in den knapp vier Jahrzehnten zwischen 1814 und 1851: der Regierung der Bourbonen-Könige Ludwig XVIII. und Karl X., dem Neuansatz der Orléanisten unter Louis-Philippe nach 1830 und schließlich der Revolution sowie der Hinwendung zum Präsidialsystem Napoleons III. zwischen 1848 und 1851.

Rausch widerspricht der von Alexis de Tocqueville bis François Furet vertretenen These einer linearen Entwicklung der französischen Geschichte von der vorrevolutionären Staatsbildung bis zur Etablierung der Dritten Republik nach 1880. Nach dieser Auffassung scheiterten alle konstitutionellen Integrationsversuche; daraus ergab sich eine „Pathologiegeschichte französischer Verfassungskultur“ (S. 13). Rausch arbeitet dagegen die konstitutionelle Instabilität, aber zugleich auch die Möglichkeiten sowie die vielfältigen Formen konstitutioneller Integration heraus. Erst dieser historischen Vorstufe sei die stabile Phase der Dritten Republik zu verdanken.

In seiner Arbeit zieht Rausch verschiedene Quellengattungen intensiv und kenntnisreich heran: Parlamentsdebatten, Regierungsakten, Prozessmaterial und Wahlunterlagen. Hinzu tritt die

Auswertung von mehr als zwanzig Periodika, zahlreichen Flugschriften und besonders aufschlussreicher Bild- und gegenständlicher Quellen vom Gemälde über die Karikatur bis zur Architektur und Gebäudeausstattung. Dabei gelingt es ihm geschickt, die unterschiedlichen Quellen miteinander zu kombinieren, die daraus zu ermittelnden Informationen zu bündeln und die entsprechenden Schlüsse zu ziehen. Dabei kommen sowohl die diskursiven wie auch die repräsentativen Aspekte der Verfassung zur Sprache. Gerichtsprozesse, Verfassungsfeste, Wahlkämpfe sowie die zeitgenössische Publizistik ermöglichen sich ergänzende und zugleich perspektivenreiche Einblicke. Mit einer dadurch „praxeologisch erweiterten Diskursanalyse“ (S. 449, ähnlich S. 23) ergänzt der Autor die traditionelle Verfassungsgeschichte durch eine Geschichte der politischen Kultur.

Rausch gelingt es, die Rolle der jeweiligen Verfassung zu vermessen und zu kontextualisieren – gemeint ist dabei ganz konkret das Verfassungsdokument in seinen diversen Ausformungen von der Charte constitutionnelle des Jahres 1814 über die Charte von 1830 und die Konstitution von 1848 bis zu deren Aufhebung 1850/51. Wie intensiv diese Urkunden auch diskutiert, kritisiert oder in Frage gestellt wurden, so blieben sie dennoch über Jahrzehnte hinweg ein „zentrales Regulierungs- und Legitimationsinstrument“ (S. 439) im Zentrum der öffentlichen Debatten. Rausch kann im Detail nachweisen, dass seine These der Verfassungsintegration nicht nur für die Anhänger und Kritiker, sondern selbst für die Verfassungsgegner galt. Gerade die französischen Liberalen bewährten sich in den Diskussionen um die Charte, die sie kritisch, mit Vorbehalten, aber dennoch mehrheitlich akzeptierten. Dass eine solche gruppenspezifische Integration auch für die royalistische Rechte galt, ist eines der erstaunlichen Ergebnisse der Studie Rauschs, ebenso wie die Erkenntnis, dass die republikanische Linke sich nach ihrer Ablehnung der Konstitution vor 1848, in der Revolutionsphase nach 1848 dennoch für das Modell einer Repräsentativverfassung mit garantierten Grundrechten aussprach.

Rausch zeichnet ein äußerst differenziertes Bild der politischen Lager im nachnapoleonischen Frankreich und ihrer Haltung zur Verfassungsfrage. Das allein ist bei der bunten politischen Szene, den Anhängern der Bourbonen, den Vertretern des sogenannten Juste Milieu, den Legitimisten, Liberalen, Republikanern und Sozialisten, ein verdienstvolles Unterfangen. Insgesamt zeigte sich bei aller unterschiedlichen Haltung eine generell antipluralistische Tendenz, weil sämtliche Gruppierungen durch die von ihnen vertretenen und für absolut angesehenen Verfassungsgrundsätze sich in größtenteils unauflösbar Widersprüchen befanden.

Auch wenn Rausch ein „illiberales Moment französischer Verfassungskultur“ als prägend konstatiert, kommt er dennoch zu dem Ergebnis, dass „Integration qua Verfassung“ (S. 444) im Zeitraum zwischen 1814 und 1851 fast durchgängig funktionierte. Trotz dieser illiberalen politischen Kultur konnten die verfeindeten Gruppierungen unter dem Dach einer gemeinsamen Verfassung koexistieren. Die Widersprüchlichkeiten und Gegensätze der politischen Richtungen fanden immer wieder zusammen, indem sie den Diskurs über die verschiedenen Verfassungsmodelle suchten und führten. Dabei erkundeten sie die möglichen Veränderungen der Verfassung in Buchstabe und Praxis und etablierten damit ein Verfahren, das zum prägenden Merkmal der politischen Kultur Frankreichs in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts avancierte. Sie testeten die „Möglichkeitsbedingungen politischer Herrschaft“ (S. 448) und konstituierten damit das, was Emmanuel Fureix 2014 in seiner französischen Geschichte des 19. Jahrhunderts auf die Formel eines „siècle des possibles“ gebracht hat. Zu den diversen Möglichkeiten der Verfassungsentwicklung zählten dann jedoch nicht nur Innovation, Reform, Fortentwicklung und Export der Konstitution, sondern auch die Gefahr des Scheiterns einer Verfassungsordnung durch eine Revolution.

Rauschs Arbeit erbringt durch die Auswertung bisher wenig oder gar nicht bekannter sowie selten herangezogener Quellen wichtige neue Erträge im Bereich der frühen französischen Parlaments- und Parteigeschichte und damit auch gerade für die Liberalismus-Forschung.

Darüber hinaus gewinnt der Verfasser grundsätzliche inhaltliche Erkenntnisse über die Probleme des Konstitutionalismus und Liberalismus. Außerdem erprobt er erfolgreich die Methode der politischen Kulturgeschichte für die Verfassungsgeschichte. Allenfalls den Blick über die Grenzen Frankreichs hinaus, nämlich auf Rezeption und Rückwirkung der Verfassungsdiskurse, mag man gelegentlich vermissen.

Fabian Rausch hat eine beeindruckende Studie zur französischen Verfassungsgeschichte vorgelegt, die, über sein eigentliches Thema hinausweisend, inhaltlich und methodisch einen bedeutenden Beitrag zur Kulturgeschichte der Verfassung sowie zur Liberalismus-Forschung leistet. Völlig zu Recht wurde diese Arbeit 2016 mit dem Preis der Wolf-Erich-Kellner-Gedächtnisstiftung ausgezeichnet.

Gummersbach/Wuppertal

Ewald Grothe



ARCHIV DES  
LIBERALISMUS

Friedrich Naumann Stiftung  
Für die Freiheit.

in Kooperation mit



recensio.net